

**Erklärung
der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA)
zur Landestagung am 2.11.2002**

„Die neuen Chancen klug wahrnehmen“

Im Laufe des Jahres 2002 hat sich die politische Landschaft in Deutschland entschieden verändert. In unserem Land Sachsen-Anhalt wurde das unselige „Magdeburger Modell“ einer PDS-tolerierten Landesregierung abgewählt. CDU und FDP konnten eine neue Landesregierung bilden, die auch gleich in den ersten Wochen neue politische Akzente setzte. Es gibt wieder Hoffnung, dass Sachsen-Anhalt erneut einen geachteten Platz unter den neuen Bundesländern und in ganz Deutschland einnehmen kann. Die CDA wird dazu beitragen, dass die Negativspirale von Schlusspositionen, Selbstmitleid und Jammerei unterbrochen wird und dass eine positive Wirtschaftsentwicklung mit Eigendynamik und Selbstvertrauen bisher brachliegende Kräfte in Wirtschaft- und Arbeitnehmerschaft entfaltet.

Die Bilanz der Bundesregierung ist niederschmetternd. Das Kanzlerversprechen, die Zahl der Arbeitslosen auf unter 3,5 Mio. senken zu können, wurde nicht eingelöst. Im Gegenteil, Veränderungen in der Arbeitslosenstatistik sowie die Registrierung der bisherigen geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse als Sozialversicherungspflichtige entlasteten lediglich die Statistik aber nicht den Arbeitsmarkt. Die Zahl der bezahlten Arbeitsstunden, also der eigentliche Gradmesser für die Beschäftigung, ist rückläufig. Reformen zum Zurückdrängen des Missbrauchs geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse und bei der so genannten Scheinselbständigkeit führten nicht zum Ziel.

Der Aufbau Ost wurde nicht zur Chefsache. Die Wachstumsraten klaffen auseinander und wenn nicht schnell eine gesonderte Anstrengung unternommen wird, rückt das Ziel der Angleichung der Lebensverhältnisse in eine allzu große Ferne. Die Folge ist die Abwanderung junger, leistungsfähiger Menschen. Ostdeutschland droht in eine demographische Falle zu geraten.

Mit der Union ist eine Wende möglich, wenn diese bei ihren Gestaltungszielen in kluger Weise die Kriterien der wirtschaftlichen Effizienz und der sozialen Gerechtigkeit miteinander verbindet. Daher fordert die CDA die Union auf, ihre Chance jetzt wahrzunehmen, den Sozialstaat Deutschland neu zu gestalten und für die Herausforderungen der nächsten Jahre fit zu machen.

1. Arbeit und Wirtschaft gehören zusammen

In der Bundesrepublik Deutschland werden bei weniger als 2 % Wachstum des Bruttoinlandsprodukts Arbeitsplätze im Saldo abgebaut, in den meisten europäischen Ländern dagegen erfolgt bereits ab 0,5 bis 1 % Wachstum ein Beschäftigungsaufbau. Daher bedarf der deutsche Arbeitsmarkt umfassender institutioneller Reformen, damit das Beschäftigungsniveau insgesamt steigt. An dieser Reform will die CDA mitwirken.

Die CDA tritt dafür ein, das bewährte Instrument flexibel ausgestalteter Flächentarifverträge und die betriebliche Mitbestimmung zu fördern. Flächentarifverträge sind ein bewährtes ordnungspolitisches Instrument. Sie fördern die Wettbewerbsbedingungen, verhindern Lohn-Dumping und bieten sowohl den Unternehmen als auch den Beschäftigten eine klare Perspektive für kalkulierbare Kosten und individuelle Einkommensverhältnisse. Flexible Flächentarifverträge in den neuen Bundesländern und zahlreiche Haustarifverträge zeigen, dass eine Änderung des Tarifvertragsgesetzes nicht notwendig ist.

Die CDA wird sich dafür einsetzen, einen „Pakt für Arbeit“ zu schließen. Auch in Sachsen-Anhalt muss eine ganzheitliche und ressortübergreifende Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik wieder für mehr Beschäftigung sorgen. Die Leistungsbereitschaft der Unternehmen und das Können der Arbeitnehmer müssen zusammengeführt werden. Alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen sollen ihre je eigenen Interessen vertreten, aber sich dem Gesamtziel unterordnen, das Gemeinwohl zu stärken. Die Regierung schafft Rahmenbedingungen. Sie muss bürokratische Hemmnisse abbauen. Hierzu wird ein Investitionserleichterungsgesetz beitragen, das unnütze oder unpraktikable Vorschriften aufhebt und durch eine maßvolle Deregulierung neue Wettbewerbs- und Marktkräfte freisetzt. Die CDA Sachsen-Anhalt fordert die Gewerkschaften auf, diesen Weg mitzugehen, aber darauf zu achten, dass die Flexibilisierung den Arbeitnehmern keine unbilligen Härten auferlegt. ABM-Maßnahmen sind insbesondere für ältere Arbeitnehmer weiterhin notwendig, sie dürfen aber den ersten Arbeitsmarkt nicht behindern. Es ist zu prüfen, wie Gesellschaften, die überwiegend der öffentlichen Hand gehören, vollständig privatisiert werden können.

2. Rückkehr zu einem modernen gegliederten Schulwesen

Schulen sind kein Experimentierfeld. Die Bildungspolitik muss sich langfristigen Konzepten verpflichten. In diesem Interesse befürwortet die CDA das Abitur nach 12 Jahren und ein gegliedertes Schulwesen ab der 5. Klasse in ganz Sachsen-Anhalt. Entsprechende Initiativen hat die Magdeburger Regierungskoalition aus CDU und FDP rasch und in überzeugender Weise auf den Weg gebracht.

Eltern wollen ihre Verantwortung für die Kindererziehung wahrnehmen. Die CDA Sachsen-Anhalt begrüßt daher die Ablösung des bevormundenden Konzepts der „Grundschule mit festen Öffnungszeiten“ aus der Zeit der Höppner-Regierung durch das freiwillige Betreuungsangebot der „Grundschule mit verlässlichen Öffnungszeiten“.

Der Lernerfolg in den Sekundar-, bzw. Haupt- und Realschulen sowie im Gymnasium baut auf einer erfolgreichen Vermittlung der Grundtechniken des Lesens, Schreibens und Rechnens in der Grundschule auf. Das Ergebnis der PISA-Studien belegt jedoch, dass diese Grundlagen nicht mit dem unbedingt notwendigen Erfolg vermittelt werden. Hier müssen nach einer intensiven Ursachenforschung Reformen eingeleitet werden, die bereits im ersten Grundschuljahr ansetzen. Allgemein ist der Vermittlung von Grundlagenwissen Vorrang einzuräumen. Die Initiative des Kultusministeriums, alle Kernfächer bis zum Abitur im Klassenverband zu unterrichten, wird von der CDA Sachsen-Anhalt unterstützt.

Um im globalen Wettbewerb erfolgreich zu sein, muss die Fremdsprachenkompetenz deutscher Schulabgänger verbessert werden. Dazu erscheint ein frühzeitiger Einstieg in den Fremdsprachenunterricht notwendig. Sachsen-Anhalt darf beim Englischunterricht in der Grundschule nicht hinter den anderen Ländern zurückbleiben!

Eine gute Berufsausbildung sichert den Arbeitsmarkt der Zukunft und schafft individuell günstige Beschäftigungschancen. Der jetzige Lehrstellenmangel wird spätestens 2008 in eine nicht zu befriedigende Nachfrage von Auszubildenden umschlagen. Alle Betriebe sind gut beraten, schon jetzt den Facharbeiterbedarf der Zukunft einzuschätzen und für ihre Nachwuchskräfte zu sorgen. Freilich bedarf es wegen der angespannten wirtschaftlichen Situation gezielter staatlicher Hilfen, um diese schwierige Überbrückungszeit zu meistern. Es ist gut verständlich, dass Jugendliche, denen hier keine vernünftige Ausbildungschance gegeben wird, unser Bundesland verlassen. Regierung, Arbeitgeber und Gewerkschaften müssen jedoch alles unternehmen, möglichst viele Jugendliche im Lande zu halten oder nach erfolgter Ausbildung wieder zur Rückkehr in ihr Heimatland zu ermutigen. Die berufliche Weiterbildung muss gefördert werden.

Die CDA setzt sich dafür ein, dass der Lehrerberuf wieder die ihm gebührende gesellschaftliche Anerkennung erfährt. Es müssen wieder mehr junge Menschen ermutigt werden, ein Lehramtsstudium aufzunehmen. Zur Hebung der Attraktivität des Lehrerberufes muss eine befriedigende Lösung für die angesammelten Stunden auf Arbeitszeitkonten in Höhe von ca. 300 Mio. € gefunden werden. Es sollte ernsthaft erwogen werden, ob die Verbeamtung von Lehrern eine qualitätsvolle schulische Ausbildung in Sachsen-Anhalt sichern kann.

3. Förderung benachteiligter Kinder intensivieren

Die PISA-Studie hat gezeigt, dass viele Kinder in Deutschland nicht die notwendigen Leistungen in der Schule erreichen. Das Erlernen der entscheidenden Kulturtechniken Schreiben, Lesen, Rechnen in der Grundschule wird offensichtlich erleichtert, wenn die Kinder schon mit vorschulischen Kenntnissen in diese eintreten. Daher ist dem pädagogischen Aspekt der Erziehung im Kindergarten eine größere Aufmerksamkeit zu widmen. Die gegebenenfalls hierfür notwendigen Kosten muss der Staat bereit sein zu tragen.

Mit Blick auf die im Informationszeitalter immer bedeutender werdende Medienkompetenz stellt die CDA Sachsen-Anhalt eine zunehmende Benachteiligung sozial Schwächerer, denen insbesondere der Zugang zum Internet im privaten Umfeld verwehrt bleibt, fest. Schulen können durch Unterrichts- und Betreuungsangebote Möglichkeiten eröffnen, diese Defizite möglichst gering zu halten.

Was für die Medienkompetenz gilt, das gilt auch in anderen Bereichen. Die PISA-Studie hat gezeigt, dass das deutsche Schulsystem herkunftsbedingte Benachteiligungen kaum auszugleichen vermag. Vereinzelt Initiativen, z.B. zum Sprach-Förderunterricht im Kindergartenalter, müssen flächendeckend institutionalisiert werden.

4. Für eine moderne Konzeption von Forschung und Lehre

Die Hochschulen in Sachsen-Anhalt haben das Potenzial, um international Spitzenpositionen einzunehmen. Kürzere Studienzeiten, entrümpelte Studienordnungen, verbesserte Betreuungsangebote und mehr Freiheiten zur Ausbildung eines individuellen Profils in Forschung und Lehre erhöhen die Attraktivität im Wettbewerb um die besten Studierenden. Sobald als möglich muss die Einführung internationaler Abschlüsse für jeden in Sachsen-Anhalt angebotenen Studiengang realisiert sein. Herkömmliche Abschlüsse wie das Diplom werden jedoch nicht abgeschafft. Die Zentrale Studienplatzvergabe muss zugunsten eines Systems, in dem Studierende und Hochschule eine eigene Auswahl treffen, abgeschafft werden. Das

Hochschulrahmengesetz sollte von länderspezifischen Regelungen abgelöst werden, um auch hier den Wettbewerb zu fördern.

Mit Sorge beobachtet die CDA Sachsen-Anhalt, dass die Entwicklung der Studierendenzahlen mit dem steigenden Akademikerbedarf nicht mithält. Zudem verringert sich der Anteil sozial Schwächerer an der Gesamtzahl der Studierenden kontinuierlich. Vor diesem Hintergrund dürfen auch weiterhin Studiengebühren bis zum ersten Abschluss (Master) nicht erhoben werden.

In der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses müssen die Hochschulen weitgehende Freiheiten erhalten. Dies schließt auch eine Reform des Hochschuldienstrechts ein. Auch etablierte Institute müssen im Wettbewerb um staatliche Mittel verstärkt in den Wettbewerb treten. Dies kann durch die privatwirtschaftliche Organisation öffentlicher Forschungseinrichtungen gefördert werden.

5. Die Familie als Keimzelle der Gesellschaft stärken

Die Familie sichert die Generationenfolge. Deshalb muss offen über die Kindererziehungskosten gesprochen werden. Es darf nicht länger sein, dass diejenigen, die Kinder erziehen, in der Regel in ihrem ganzen Leben materiell schlechter gestellt sind als diejenigen, die keine Kinder erziehen. Hier ist ein gesellschaftlicher Ausgleich zu schaffen, der auch diejenigen, die keine Kinder erziehen, stärker zu den materiellen Lasten der Kindererziehung heranzieht.

Nach wie vor ist es eine zentrale Aufgabe von Familienpolitik, die Vereinbarkeit von Familienleben und Beruf zu ermöglichen. Die CDA hat sich immer für eine echte Wahlfreiheit zwischen Familie und Beruf eingesetzt. Familienarbeit und Erwerbsarbeit in Wirtschaft und Gesellschaft sind dabei als gleichwertig zu betrachten. Sachsen-Anhalt hat ein gut ausgebautes Kinderbetreuungssystem. Dieses muss auch unter wirtschaftlich schwierigen Bedingungen gesichert werden. Die CDA wird sich an der Diskussion um die zumutbaren Kosten für einen Kindertagesstättenplatz aktiv beteiligen.

Die in den Familien zum größten Teil von Frauen geleistete Arbeit bei der Erziehung der Kinder und in der Alten- und Krankenpflege muss von der Gesellschaft sowohl anerkannt als auch honoriert werden. Hierfür sind im Steuerrecht und in den Sozialversicherungen familienbezogene Komponenten zu schaffen.

Die CDA wird sich dafür einsetzen, dass die Beschlüsse der Bundes-CDU zur Einführung eines Familiengeldes zügig umgesetzt werden.

6. Gesundheitspolitik gerecht und zukunftsfähig gestalten

Die rot-grüne Bundesregierung hat einem Anstieg des Defizits der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und der Krankenkassenbeiträge nicht mit der nötigen Konsequenz und Entschiedenheit entgegengewirkt. Das Defizit der GKV im Jahr 2001 in Höhe von 2,8 Mrd. Euro ist alarmierend. Zugleich decken internationale Leistungsvergleiche immer wieder enorme Wirtschaftlichkeitsreserven im deutschen Gesundheitswesen auf.

Die CDA Sachsen-Anhalt tritt Ansätzen der Regierung Schröder für eine Zwei-Klassen-Medizin mit deutlich höherer Eigenbeteiligung entgegen. Eine Aufteilung in Grund- und Wahlleistungen im Gesundheitswesen darf es auch in Zukunft nicht geben. An der paritätischen

schen Finanzierung der Kassenbeiträge durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber soll festgehalten werden.

Eine Gesundheitsreform muss wirtschaftliches, bedarfs- und qualitätsorientiertes Arbeiten von Krankenkassen und Leistungserbringern fördern. Sie muss Wettbewerbselemente stärken und Spielräume für die innovative Vertragsgestaltung eröffnen. Monopol- und Kartellstrukturen auf Seiten der Leistungserbringer sind aufzulösen, Wirtschaftlichkeitsreserven auszuschöpfen.

7. Für eine moderne und schlanke Landesverwaltung

Der Staat ist nicht Selbstzweck, sondern hat den Menschen zu dienen. Nach dem Subsidiaritätsprinzip hat er sich überall dort zurückzuhalten, wo die Menschen oder die „kleinen Einheiten“ in der Lage sind, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln. Daher ist Aufgabenkritik eine ständige Aufgabe. Was in der Vergangenheit zu Recht von öffentlicher Hand wahrgenommen wurde, kann heute unter Umständen dem Wettbewerb unterworfen werden. Ohne Privatisierung der Telekom hätten wir heute gewiss nicht die vielseitigsten Angebote im Medienbereich zu sogar sinkenden Preisen. Die CDA wird alle Ansätze eines möglichen Aufgabenverzichts und einer Entbürokratisierung vorurteilslos prüfen. Sie unterstützt das Ziel der Landesregierung, die Anzahl der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst schrittweise auf das übliche Maß der Flächenländer in der alten Bundesrepublik zurückzuführen.

Nach der Marktöffnung im Energie- und Telekommunikationssektor sind Fragen der Liberalisierung im Bereich der Wasserwirtschaft und des öffentlichen Personennahverkehrs bisher weitgehend ungelöst. Die CDA will sich frühzeitig in diese Diskussion einmischen. Bei der Neustrukturierung der Wasserwirtschaft müssen insbesondere folgende Fragen gestellt werden:

- Wie erzielen wir wettbewerbsfähige Wasserpreise und Abwassergebühren für Wirtschaft und private Verbraucher ohne diese finanziell zu überfordern?
- Wie erreichen wir eine Gleichbehandlung privater und öffentlicher Unternehmen?
- Wie verbessern wir die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wasserwirtschaft, wie stellen wir uns der internationalen Konkurrenz?
- Was bedeutet das Entstehen neuer Dienstleistungsunternehmen, die die komplette Versorgung aus einer Hand anbieten?
- Wie wirken sich diese zu erwartenden Veränderungen auf die betroffenen Arbeitnehmer aus?

Im öffentlichen Personennahverkehr werden zunehmend nationale und internationale Anbieter auf die bisher weitgehend von kommunalen Anbietern oder der deutschen Bahn AG bedienten Strecken drängen. Es stellen sich die Fragen:

- Welche Bedienstandards und welche sozialen Standards müssen bei diesem Wettbewerb eingehalten werden?
- Welche Übergangsfristen sind unabdingbar?
- Welche tariflichen oder gesetzlichen Mindestanforderungen sind notwendig?

Dieser gewaltige personalwirtschaftliche Umbau in den öffentlichen Verwaltungen und in Unternehmen, in denen die öffentliche Hand die Hauptverantwortung trägt, kann jedoch nur mit und nicht gegen die Beschäftigten erfolgen. Daher fordert die CDA Sachsen-Anhalt die Landesregierung und die Kommunen auf, die entsprechenden Mitbestimmungsrechte strikt zu

beachten und Rahmenvereinbarungen mit den betroffenen Gewerkschaften abzuschließen, so dass der schmerzhafte, notwendige Umbau sozialpolitisch verantwortlich erfolgt.

8. Die Finanzen müssen wieder auf eine sichere Grundlage gestellt werden

Im Land Sachsen-Anhalt liegt eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts vor.

Die neue Landesregierung muss einen strikten Konsolidierungskurs durchsetzen, damit die Zukunftschancen unserer Kinder nicht auf Jahrzehnte verspielt werden. Daher ist Sparen kein Selbstzweck, sondern Zukunftssicherung. Bei jeder staatlichen Aufgabe muss vorurteilsfrei geprüft werden, ob diese tatsächlich notwendig und im vorgesehen Umfang finanzierbar ist.

Mit der Neuordnung des Länderfinanzausgleichs und des Solidarpaktes II sind die finanziellen Handlungsspielräume im Wesentlichen bis zum Jahr 2019 bestimmt. Die gegenwärtig geführte Föderalismusdiskussion stellt die gerade erst geschaffenen Grundlagen erneut in Frage. Aus Sicht eines neuen Bundeslandes ist der Abbau der Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben, wie z. B. dem Hochschulbau oder der Wirtschaftsförderung, nur verantwortbar, wenn die entsprechenden Finanzvolumina den betreffenden Ländern als Sonderzuweisungen gewährt werden. Tendenzen, unter dem Vorwand Einnahmen- und Ausgabenverantwortung zusammenzulegen, die neuen Bundesländer im Wesentlichen auf ihre eigenen Einnahmen zu beschränken, können nicht hingenommen werden. Zuschläge zu Lohn-, Einkommens- und Mehrwertsteuer in den neuen Bundesländern und eventuelle Abschläge in reichen alten Bundesländern würden die Kluft zwischen Ost und West nur vertiefen. Die gesamtstaatliche Ausgleichsfunktion eines Länderfinanzausgleiches darf nicht in Frage gestellt werden.

(Diese Erklärung wurde auf der CDA-Landestagung am 2. November in Magdeburg einstimmig so beschlossen.)